



Beschlusspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, 25.06.2023

BERLIN VERDIENT EINE STARKE OPPOSITION – WIR NEHMEN DIE HERAUSFORDERUNGEN AN

Mit der Wiederholungswahl 2023 sind für uns Bündnisgrüne sechseinhalb Jahre erfolgreiches Regieren zu einem vorläufigen Ende gekommen. Aber auch in der neuen Rolle als stärkste Oppositionsfraktion tragen wir große Verantwortung – für unsere Demokratie und für Berlin. Wir werden aus der Opposition dafür streiten, dass Politik für die ganze Stadt gemacht und umgesetzt wird.

Denn die Erwartungen an uns sind zurecht groß: Berlin braucht eine starke bündnisgrüne Opposition, damit die neue Regierung nicht nur eine Ankündigungspolitik für die lautstärksten Gruppen in unserer Stadt macht. Und damit aus schönen Worten konkrete soziale Maßnahmen erwachsen. Für eine Politik, die die Schwächsten und das Klima schützt. Wir werden alles tun, damit der Fortschritt der letzten Jahre nicht zum schwarz-roten Rückschritt wird.

Dafür halten wir den Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft eng, mit den NGOs, den freien Trägern, mit den Gewerkschaften, Personalvertretungen und Unternehmen, mit den Engagierten und Ehrenamtlichen in unserer Stadt, die durch ihren Einsatz das soziale und demokratische Gefüge sichern und für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen.

Wir werden darüber hinaus noch mehr mit möglichst vielen Berliner*innen, die nicht organisiert und nicht regelmäßig mit Politiker*innen in Kontakt sind, das Gespräch suchen und mit ihnen ihre Ideen und Forderungen diskutieren. Dabei werden wir mit ihnen auch über unsere fortschrittliche, progressive und ökosoziale Politik reden und diese mit ihnen zusammen so weiterentwickeln, dass sie ein besseres Angebot für Menschen in allen Teilen der Stadt wird. Unser Ziel sind pragmatische und an den konkreten Problemen orientierte Lösungen für die großen Herausforderungen in einer Zeit der multiplen Krisen.

Berlin geht nur grün und gerecht

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Inflation und steigende Energiekosten treffen vor allem die Ärmsten in unserer Gesellschaft und führen zu Abstiegsängsten bis tief in die Mittelschicht. Gleichzeitig werden die sozialen Folgen des Klimawandels immer dramatischer.

Viele Klimaschutzmaßnahmen verbessern ganz praktisch die Lebensqualität und Gesundheit aller Berliner*innen. Dennoch befürchten viele Menschen, dass sie sich die klimapolitisch notwendige Anpassung nicht leisten können, für die wir Grünen wie keine andere Partei eintreten. Diese Sorgen nehmen wir ernst. Für eine wirksame Klimapolitik ist eine entscheidende Frage daher, wie die Kosten von Klimaschutz und Klimaanpassung sozial gerecht verteilt werden.

Dieser großen Aufgabe stellen wir uns. Ökologisch notwendige Maßnahmen haben ihren Preis. Wir wollen die schützen, die weniger haben, und die belohnen, die weniger verbrauchen. Und wir haben das bei der Umsetzung der Solarpflicht hier in Berlin und mit dem Klimageld auf Bundesebene bewiesen. Das ist unser Anspruch auch bei zukünftigen Projekten.

Wir Bündnisgrüne treten für eine klare und wirkungsmächtige soziale Politik ein, die vor Armut schützt, Wohlstand sichert und auch vor einer Umverteilung von oben nach unten nicht zurückschreckt. Dabei bedeutet eine Sicherung der gesellschaftlichen Wohlfahrt für uns neben der Betrachtung von materiellem Wohlstand eben auch die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen, der Reduzierung sozialer Ungleichheit und Verbesserung von Teilhabe an der Gesellschaft.

Bündnis 90/ Die Grünen werden die Vorschläge der neuen Regierung konstruktiv und kritisch hinterfragen und immer wieder eigene Lösungen vorlegen. Denn: Berlin geht nur grün und gerecht.

Eine Politik, die alle in den Blick nimmt

Berlin ist Weltmetropole, Kiez und Dorf zugleich. So unterschiedlich die verschiedenen Bezirke und Kieze sind, so unterschiedlich sind auch die Bedürfnisse der Menschen, die in Berlin leben. Die einen wünschen sich mehr erreichbare kulturelle, gastronomische, soziale Angebote. Die anderen wollen vor allem mehr Ruhe und öffentliches Grün.

Doch die neue Regierung scheint vor allem die Interessen ihrer Klientel in den Blick zu nehmen, seien es die Autofahrer*innen, die Bau-Lobby oder große Interessenverbände. Gruppen, die es immer wieder schaffen, durch ihre Lautstärke den öffentlichen Kurs zu dominieren. Wir dagegen sehen die Unterschiede zwischen Stadtrandlagen und urbanen Zentren, zwischen jungen und alten Menschen, zwischen denen, die noch auf ihr Auto angewiesen sind, und denen, die heute schon gute Alternativen haben. Wir nehmen die unterschiedlichen Bedürfnisse in den Blick, sei es der Schutz vor Gewalt und Übergriffen, seien es nahe soziale Angebote und Infrastruktur oder das Bedürfnis nach Mobilität und Sicherheit im öffentlichen Raum. Wir wollen innovative Lösungen erarbeiten und bestehende weiterentwickeln, die diesen unterschiedlichen Lebenssituationen und -bedürfnissen der Berliner*innen gerecht werden.

Dies werden wir im Dialog mit den Bezirken und den Menschen, die in ihnen leben, angehen. Wir werden die erneut gewachsene Fraktion nutzen, noch stärker in allen Teilen der Stadt unterwegs zu sein und vor Ort das Gespräch mit Menschen suchen, die wir bisher noch nicht von uns überzeugen konnten. Wir warten nicht, bis die Menschen zu uns kommen, sondern wir werden aktiv das Gespräch suchen.

Grüne Kraft gegen schwarz-roten Rückschritt

Die schwarz-rote Koalition hat nach ihrem Chaos-Start bislang nicht gezeigt, wie sie Berlin in die Zukunft führen will. Der kleinste gemeinsame Nenner dieser Koalition ist offenbar, nicht grün zu sein. Rückschritte, die Rückabwicklung der Mobilitätswende oder der inklusiven Gesellschaft kann sich Berlin nicht leisten. Wir werden nicht zulassen, dass in den nächsten Jahren die Zukunft Berlins aufs Spiel gesetzt wird.

Wir werden die neue Koalition mit konkreten, realistischen Vorschlägen für einen konsequenten Klimaschutz, für eine sozial gerechte Politik und für sinnvolle Investitionen antreiben. Wir fordern rasche Schritte und einen Arbeitsplan für eine ernstgemeinte Verwaltungsreform mit und nicht gegen die Bezirke. Eine solche Verwaltungsreform unterstützen wir gern aus der Opposition heraus.

Schwarz-Rot behauptet, das Beste für die Stadt zu machen. Wir werden sie an diesem Anspruch messen und erwarten vor allem konkrete und verantwortungsvolle Politik. Dazu gehört auch, dass in den anstehenden Beratungen des nächsten Doppelhaushalts nicht teure Versprechen in der schwarz-roten Koalition zu Lasten zivilgesellschaftlicher Arbeit, der Bildungs- und Sozialpolitik oder der Bezirkshaushalte finanziert werden. Wer die Zukunft gestalten will, muss nachhaltig haushalten können.